

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telephon: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammetel 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebrö — Bankverein Atern.

Nr 37 Sonnabend, den 26. März 1932. 45. Jahrgang

Ostern in der Politik.

Professor Martin Dibelius, Heidelberg.
Die christlichen Feste stellen im Ablauf des politischen Geschehens kaum noch Festen und feiern gar nicht mehr wirkliche Ruhepunkte dar. Es hilft nichts, darüber zu flugeln; es hilft nichts, wenn wir an der Tatsache vorbeigehen. Es bleibt nur eines: die Lage zu begreifen und der Tatsache Rechnung zu tragen, daß wir Ostern feiern als Menschen, die zwischen zwei großen Weltanschauungen mit wahren Sorgen überreichlich beladen sind. Das bedeutet nicht, daß wir unsere Politik mit ein paar „christlichen“ Redewendungen überdecken wollen, sondern daß wir über die Gedanken hinausgehen in unsere mit Politik belastete Lage.
Die christliche Gemeinde ist auf den Osterglauben gegründet worden, auf den Glauben an den Auferstehenden, auf den Glauben, daß der am Kreuz Gerichtete auch Sühne um Tag der Sieger sei und alles, was die Welt als christliche Kraft kennt, die Kraft der Bruderliebe wie die Kraft der Beherrschung im Leben, Verwirklichung in der Welt wie Überwindung der Welt, ist ursprünglich aus diesem Glauben erwachsen. Dieser Glaube selbst aber ist weder eine Meinung noch Weltanschauung, sondern ein bestimmtes Verhältnis eines bestimmten Geschlechts, des Schicksals Jesu, ein Versehen dieses Schicksals als Gottes Zeugnis, eine Deutung dieses Schicksals als einer dem Menschen gestellten Aufgabe. Was die Christen zusammenschloß, was die christliche Bruderliebe zeitigte, war nicht irgendeine menschliche Sympathie oder irgendeine natürliche Verbindung des Stammes oder Volkes, sondern es war dies: daß eine Anzahl Menschen das Stück Geschicks, das ihnen gemeinsam widerfahren war, im selben Glauben bejahen und ihre Veleinspflichten danach verstanden.

Es fällt nicht schwer, sich die Gedanken von diesem östlichen Schicksalsverständnis hinzuwenden zum Schicksal eines Volkes. Denn ein christliches Bewusstsein der Nation und ihrer Aufgaben ist nicht in erster Linie zu gewinnen vom Aufnahmestunden, sondern von der verpflichtenden Verbindung, die unter gemeinsamen Schicksal zwischen uns geschlossen hat. Was in diesem Schicksal Gott zu uns gesprochen hat — und das ist doch die Aufgabe des Glaubens —, dann hat er gemahnt und nicht zu überhörender Stimme gesprochen. Wohl niemals, soweit unser Blick in die Vergangenheit reicht, war das Leben bis in die Verzweigungen des privaten Lebens hinein so vom gemeinsamen Schicksal bedingt. Wir brauchen gemeinsam die Unterstützung des Krieges, wir leben gemeinsam in dem Wirtschaftsgang, in das uns die Wälder bebaut hatte; gemeinsam erleben wir die Enttäuschung von 1918, gemeinsam das Auf und Ab der Jahre seit Versailles. Gewiß wurde bei all diesem von Menschen gehandelt, tug und lüch, trauflos und schändlich, aber wer der überhaupt an ein Schicksal glaubt, sollte sich vernehmen, den Ablauf dieser Dinge aus einem Zusammenstoß menschlicher Kräfte abzuleiten? Wer mit dem Osterglauben an dieses Geschick herantritt, hört aus ihm den Anspruch Gottes heraus und die Forderung, zu fragen, zu wirken und zu gefallen.

Wir haben uns freilich immer mehr daran gewöhnt diesen Anspruch durch geistliche Anträge zu überhören und diejenigen, die das Recht der jüngsten Geschichte nicht wie ein Schicksal mit roter Linie behandeln, stellen sich doch oft zu dem Ablauf der Ereignisse wie der Staatsmann zu einer Verkehrsverletzung. Die ganz kurzfristigen Denker bilden nur bis 1918 zurück und verlagern Schwerepunkte; andere denken an 1914 und beklagen die Welt; man selbst hat sich seit 1914 und gegen den Kaiser.

Solche Anträge mögen vor dem Forum der Geschichtslehre oder gar anerkannt werden; als Deutungen unseres Schicksals geben sie völlig in die Irre. Sie unterfallen der Einbildung, daß nur ein paar blöde oder lächerliche Menschen die Unheilshüter der Weltgeschichte wären. Menschliche Unzulänglichkeit ist gewiß ein Faktor des Geschehens, aber nicht der gestaltende. Es ist eine Anbahnung ohne Glauben, die der Dummheit und der Bosheit die führende Stelle anweist. Und es ist eine Anbahnung ohne Liebe, die menschliche Bedingtheit mit Schicksalhaftigkeit verwechselt. Auch solche Bedingtheit ist schicksalhaft, mit Ergut und Erfahrung gegeben. Wer die Euphorie vor unserem Schicksal nicht verlernt hat, wird es ablehnen, die eigene Stellung vom Haß gegen Völk- und Schicksalsgenossen bestimmen zu lassen.

Es gehört zur Organisation eines politisch mündigen Volkes, daß die Gegner einander bekämpfen, aber ein Volk, das die Schicksalsgemeinschaft liebt, die auch politische Gegner miteinander verbindet, das wagt sich dem Widerspruch ein solches Schicksal an uns macht, dem Anspruch, der für den Gläubigen der Anspruch Gottes ist.

Laßt fahren hin das Aufwühlstüßel! Wer seine eigene Aufgabe innerhalb der Nation begreifen will, der besinne sich zu Ostern auf den christlichen Glauben, der dem paroxysmalen Ostern einen Sinn und eine Lösung abgemangelt, weil er von Gott bestimmt wurde. Die Deutung dessen, was auf uns liegt, gewinnen wir nicht, indem wir Klagen mit Anträgen bekämpfen. Wer ein Volk, das die Schicksalsgemeinschaft nicht verleugnet, weil es den Anspruch Gottes in diesem Schicksal vertritt, will sein Geschick nicht nur deuten, sondern bewältigen.

NSDAP gegen Preußen.

Die Klage vor dem Staatsgerichtshof.
Leipzig, 25. März.
In Leipzig hat die öffentliche Verhandlung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich in der Streitfrage: NSDAP gegen Preußen ihren Anfang genommen. Die Antragsteller sind der Führer der NSDAP in seiner Eigenschaft als Reichspräsidentenstabschef, Adolf Hitler, in München; zweitens die NSDAP selbst, drittens die nationalsozialistische Fraktion des Reichstags, viertens der durch die Bundtagsabgeordnete Kube als Wahlleiter der NSDAP für die Preußenwahlen, als Führer der preußischen Bundtagsgruppe der NSDAP, und als NSDAP-Generalsekretär im Gau Othmar-Brandenburg (Danzig) die Antragsteller werden vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Frank II, München, der Abgeordnete Kube außerdem auch durch den Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler, Kassel.
Antraggegner sind der Freistaat Preußen und der preußische Innenminister Dr.-Ing. e. h. Karl Severing. Als Vertreter Preußens sind erschienen Ministerialdirektor Dr. Badt, Ministerialrat Schömer, Ministerialrat Janich und Regierungsdirektor Dr. Oster.
Der Vorsitzende erklärt, daß die Verhandlung unbedeutend zum Abschluß gebracht werden müsse, da der nächste Tag Karfreitag sei.
Die Öffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn an diesem Tage der Staatsgerichtshof zusammentreten müßte.
Die Antraggegner, also die preußische Regierung, geben der NSDAP, die ihr angeschlossenen Organisationen, SA, SS, SA, NSKK, zu Händen der Gliederungen verlesen, bei denen jeweils Material aus Anlaß der Durchsuchungsmaßnahmen vom 17. März 1932 beschlagnahmt oder sichergestellt oder teilweise in polizeiliche Verwahrung genommen wurde, für die Zeit bis zur Beendigung des Wahlkampfes um die preußischen Landtagswahlen, also bis zum 24. April 1932 ebenfalls 100, folgendes Aktenmaterial heraus, es folgt eine genaue Aufzählung der beschlagnahmten Akten.
An der Hauptsache handelt es sich bei dem Antrag darum: Die NSDAP, fordert erstens, daß die Anordnung, des preußischen Innenministers vom 17. März als verfassungswidrig und zwar gegen Artikel 124 und 125 der Reichsverfassung verstoßend bezeichnet wird. Zweitens sollen alle Verfügungen der ununterworfenen und mehreren Staatsbeamten der Reichsministerien in Preußen, soweit diese Verfügungen auf Grund der Zugehörigkeit zur NSDAP erfolgt sind, nach Artikel 130 II der Reichsverfassung unzulässig sein. Drittens soll erklärt werden, daß Anordnungen und Verfügungen dieser Art unverzüglich nach Zustellung des Urteils des Staatsgerichtshofs mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden müssen. Alle Dienstleistungen und alle eröffneten Dienstverhältnisse seien rückgängig zu machen.
Im Verlauf der ersten Verhandlung verles Ministerialdirektor Badt ein Schreiben des Reichswehrministers Dr. Groener vom 8. März d. J. an die preußische Regierung, in dem erklärt wird, daß eine Personellliste, die mit den Beauftragten bei der NSDAP, und ganz besonders bei der SA, verknüpft sei, Maßnahmen ergreift, die zu Besorgnissen Anlaß geben.
Der Gewährsmann habe über Maßnahmen der SA berichtet, die über das bisherige Maß wesentlich hinausgegangen seien. In allen Teilen des Reichs, besonders aber in Schlesien, habe die SA, die Waffenlager der Reichswehr verstreuen lassen, um diese durch Freischlag zu nehmen. Die Reichswehr habe wohl Gegenmaßnahmen getroffen, u. a. habe sie Gewehre und Gewehrteile bereits übergeben, aber die SA habe diese Schmierereien bereits übermündet. Überall dort, wo die bisherigen SA-Führer nicht ehemalige Offiziere gewesen seien, seien sie durch solche ersetzt worden. Man habe davon gesprochen, daß Fritz, Straßer und Goebbels in der Reichspräsidentenwahl die führende Rolle zur Legation übernommen der Macht gehen hätten. Wenn die Kandidatur Hitlers sich als aussichtslos erweisen sollte, so würde schon am Tage nach der Wahl die SA losgeschlagen, um der NSDAP die Macht zu sichern.

Dr. Badt erklärte dann, der preußische Innenminister habe von dieser Sachlage Kenntnis genommen und erst nach sorgfältiger Prüfung der ihm durch den Reichsinnenminister gewordenen Mitteilungen sich zur Durchführung der Maßnahmen entschlossen in dem Augenblick, in dem nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahl die Gefahr bestand, daß eifrigste Interferenzen der SA zu illegalem Vorgehen führen könnten.

Nach der Erklärung Dr. Badts, daß Minister Severing das Schreiben des Reichsinnenministers bisher nicht bekanntgegeben habe, um die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen, wurde die Verhandlung unterbrochen.

Reichswehrvorlesung des Präsidenten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 16.25 Uhr gab der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Buntze, folgende Erklärung ab: „Nichtsmanns Frank II hat eine Verleumdung getan, die dahin gedeutet werden konnte, als wolle er dem preußischen Innenminister den Vorwurf einer Entschlackung der Öffentlichkeit machen. Nach Erörterungen

über diesen Punkt hat sich ergeben, daß Herr Frank diese Beschuldigung fernlegen hat. Die Sache ist damit erledigt.

Im übrigen habe ich mich auf Grund der Erklärungen, die im Laufe der Verhandlungen gemacht sind, entschlossen, zu verurteilen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Neben dem Inhalt dieses Vergleichsvorschlages und die Aussicht des Zustandekommens vermag ich im Augenblick nichts zu sagen. Ich kann aber feststellen, daß ich mit den beiden Streitparteien darin einig bin, daß es sich mit Rücksicht auf die schonenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem jetzigen Streitverfahren über den Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzuführen. Ich habe daher jetzt nur die Sitzung zu schließen.“

Die Verhandlung war damit beendet.

Stegerwald erklärt:

Die Frage der Tarifverträge nach dem 30. April 1932.

Leipzig, 25. März.
Amlich wird mitgeteilt:
Zu der Politik in einer großen Berliner Tageszeitung, monach in Aussicht genommen sein soll, die Laudauer der Sozialistengesetze für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsfrist der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden.
Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.

Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht mißsamenswert. Berechtig, erachtet lediglich in einzelnen Berufszweigen die Annullierung der bisher gegenteiligen dem allgemeinen Wohlstand noch überhöhten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeintbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben.

Im übrigen sind in der letzten Zeit vereinzelt Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen.

Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium weiter mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschriften der Notverordnung nicht berechtigt.

Daneben laufen Tarifverträge nur dann ohne Kündigung mit dem 30. April 1932 ab, wenn sie nicht auf längere Zeit abgeschlossen sind. „Auf längere Dauer“ — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen.

Oesterreichs Handelspolitik.

Keine Bindungen in Mitteleuropa.

Wien, 24. März.
Auf einer Tagung des Bundesbauernrates von Niederösterreich sprach Bundeskanzler Dr. Buresch u. a. über die Handelspolitik der österreichischen Regierung. Er führte dabei aus, daß schon in nächster Zeit die Vertreter der Großmächte zusammenzutreten werden, um die Grundlagen für eine handelspolitische Kooperation in Mitteleuropa zu beraten und einheitliche Abreden auf diesem Gebiete zu erzielen. Das ist das erste wichtige Ergebnis des österreichischen Schrittes. Wenn wirklich ein besseres Verhältnis herbeigeführt werden sollte, dann könnte es sich nicht darum handeln, eine Klärung des Verhältnisses zwischen den kleinen Staaten im Donauraum allein herbeizuführen, sondern dann müßte als wichtigste Voraussetzung hierfür die Mitarbeit der Großmächte geliegt sein.

Er möchte nicht verwechseln, zu erklären, daß die österreichische Regierung an dem Standpunkt stehe, daß sie in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise und der Zeit der völlig ungelassenen wirtschaftlichen Lage in ganz Mitteleuropa teilweise politische Bindungen eingehen und welche Vorteile sich aus diesen erlöschenden Anstrengungen dafür vorhaben, daß es zu einer Klärung der ungelassenen Lage in Mitteleuropa komme. Die Lage sei zum Reiben gespannt, nicht nur in Oesterreich, sondern auch bei anderen Staaten im mitteleuropäischen Raum.

Freimütige Worte.

Genf, 25. März.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig, die seit einiger Zeit im Europa-Ausschuss angehört, hat sich nunmehr zu der Frage der wirtschaftlichen Annäherung in Europa geäußert. In ihrer Denkschrift spricht sich die Danziger Regierung eingehend über die Ursachen des Darniederliegens der europäischen Wirtschaft aus. Die katastrophalen Wirkungen des Weltkrieges, der Tributzahlungen und der verurteilten widrigen Grenzgebung der Friedensverträge werden freimütig behandelt.

Zu der Tribulstage wird festgestellt, daß unter den Einwirkungen des Preissturzes auf den Weltmärkten die deutsche Tribulbestellung um 40 v. H. gestiegen sei im Vergleich zu den Zahlungen, die im Youngplan feierlich festgestellt worden seien.

Die ausgelegten Darlegungen der Danziger Denkschrift haben offenbar in Warschau hartes Mißbehagen hervorgerufen. Die polnische Regierung, der formalrechtlich die diplomatische Vertretung Danzigs zugefallen ist, hat nämlich in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes erklärt, daß sie die Auffassung der Danziger Regierung nicht teile, da die Denkschrift von der nach Ansicht der polnischen Regierung unrichtigen Annahme einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zwischen Danzig und dem Deutschen Reich ausgeht.

Litauischer Schwindel.

Romno, 25. März.
Der litauische Innenminister erklärte in einer Presseunterredung, daß der Kriegszustand in ganz Litauen und auch im Kesselgebiet demnächst aufgehoben werden würde. An die Stelle des Kriegszustandes wird aber ein „Gesetz zum Schutze der Republik“ gesetzt werden. Die Wahlen im Kessellande sollen nicht mehr unter dem Kriegszustande stattfinden.

Zu der Frage des neuen Sejmwohlsitzes erklärte der Innenminister ferner, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei.

Soweit bisher bekannt wird, enthält das neue „Gesetz zum Schutze der Republik“ 10 scharfe Bestimmungen, daß nur dem Namen nach eine Abänderung des Kriegszustandes erfolgt. In Wirklichkeit gibt das Gesetz Möglichkeiten zu einer Aneinanderreihung, wie sie die Kriegszustandbestimmungen in 10 scharfer Form bei weitem nicht aufweisen. Es würde sich also danach lediglich um eine Umgehung des Verzeichnisses handeln, das der litauische Außenminister Jozanis in Genf den Unterzeichnermächten abgegeben hat.

Keine deutschen Waffentieferungen.

London, 25. März.
Im Unterhaus wurden verschiedene Fragen über die Ausfuhr von Waffen und anderem Kriegsmaterial nach Japan und China gestellt.

Ein Arbeitskomitee fragte, ob es der Regierung bekannt sei, daß die deutsche chemische Industrie in den letzten sechs Monaten große Mengen von Chemikalien nach Japan geliefert habe.

Er wünschte Aufklärung über den Betrag dieser Ausfuhr und über die deutschen Lieferfirmen. Eine ähnliche Frage stellte derselbe Abgeordnete über die Ausfuhr von Waffen und Munition aus Deutschland nach China und Japan.

Der Außenminister Sir John Simon erklärte, daß er in keiner Weise über solche Lieferungen, wie sie der Abgeordnete anführte, unterrichtet sei. (D. h. daß die Anfrage jeder Begründung entbehrt.)

Waffenstillstandsbedingungen der japanischen Admiralität.

Die japanische Admiralität hat behauptet, die Regierung aufzufordern, von der chinesischen Regierung die Genehmigung für den Ausmarsch japanischer Truppen in Wuhan zu verlangen. Auch die Eisenbahnlinie Wuhan-Schanghai müsse in japanischen Händen bleiben. Ohne diese Bedingungen würden die Waffenstillstandsverhandlungen für Japan wertlos sein.

Japaner besichtigen chinesische Stellungen.

Die Telegraphen-Agentur der Sompelantien meldet, daß die chinesischen Stellungen bei Fünshih und Nanchang (?) von japanischer Artillerie besichtigt worden sind. Die chinesischen Geschütze erwiderten das Feuer nicht. Die Lage ist weiterhin gespannt.

Deutsche Tageschau.

Konzeptionsperiode für Sektantwirtschaften in Preußen.
Der preussische Innenminister hat in einer Verordnung bestimmt, daß bis zum 1. Oktober 1934 Gestattungen für neu zu errichtende Sektantwirtschaften grundsätzlich nicht erteilt werden dürfen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) zulässig. Diese Genehmigung gilt nicht für Anträge, die bei der Erlaubnisbehörde erster Instanz vor dem 1. Oktober 1931 eingegangen sind. Auch der freistatt Sektant hat eine Verordnung über eine Konzeptionsperiode erlassen, ebenfalls ist eine Sperre in Hamburg und Thüringen bereits festgelegt.

Die Bierpreisfestlegung in Bayern.
Die Bierpreisverordnung der Reichsregierung wird sich für Bayern folgendermaßen auswirken: Die Reichsbiersteuer beträgt 3 RM je Hektoliter. Die Gemeindebiersteuer wird von 5 RM um 1 RM je Hektoliter gesenkt, so daß also insgesamt eine Bierpreisfestlegung von 4 RM je Hektoliter eintritt. Für den Verbrauch der einzelnen Bierorte, die noch zu den alten Steuerhöhen verlastet werden, wird eine Preis für einjährig festgelegt. Am Sonntagabend muß überall in Bayern der neue Bierpreis in Kraft treten.

Die Hamburger Bürgerpflicht ausgestellt.
Die Hamburger Bürgerpflicht nahm die entscheidende Abstimmung über einen nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung der Bürgerpflicht vor. Der Antrag wurde von allen 148 anwesenden Abgeordneten angenommen. Die Neuwahl der Bürgerpflicht wird, wie in der Verfassung vorgesehen, von Senat bestimmt werden. Sie dürfte am 24. April erfolgen.

Polnische Torpedoboote im Danziger Hafen.
Die beiden polnischen Torpedoboote „Kobolcin“ und „Kromowka“ liegen in den Danziger Hafen ein und manövrierten in der Stadt, und zwar am Kai in der Nähe der städtischen Gasanstalt, fest. Das Aussehen dieses Anzeigepfleges imitten einer belebten Danziger Gegend ist als eine obsequentielle Demonstration anzusehen. Dazu kommt das besonders provokatorische Verhalten der Mannschaften. Polnische Matrosen der Torpedoboote exerzieren an Land, während an Bord unter den Augen der Danziger Bevölkerung an den Geschützen Übungen gemacht wurden.

Kleine politische Meldungen.
Auch in Hamburg Neuwahl am 24. April. Der Hamburger Senat hat die Bürgerpflichtfrage am 24. April d. J. als den nächstmöglichen Termin festgelegt.

Weitere Einlieferungsbedingungen in der Schweiz. Der Schweizer Bundesrat hat eine dritte Kategorie von Einlieferungsbedingungen und -kontingentierungen erlassen. Um welche Waren es sich hierbei handelt, wird bis jetzt jedoch noch nicht mitgeteilt.

Aus der Umgegend

Neuba, 26. März.

Ostersonabend.

Am Morgen des Ostersonabends erwacht die Hausfrau mit ängstlichen Sorgen und mit großer Unruhe. Sie ist veranlaßt, sich zu fragen, ob es während der Feiertage an den üblichen Gerichten nicht fehlt, daß die hungrigen Mäuler der Familie satt werden und die Mähtischen auch wirklich etwas Feiertagsmäßiges an sich haben. Da gilt es treppauf, treppab zu laufen, da muß alles herangeschleppt werden, was zwei Tage lang morgens mittags und abends verzehrt wird: Fleisch, Würst, Butter und Brot, Kuchen und Kaffee Eier und Käse. Aber das Herangeschleppen ist es nicht allein. Es muß auch bezahlt werden, und das ist eben die größte Sorge der Hausfrau. Ihr Wirtschaftsgeld ist trotz Dieren und trotz der Feiertage nicht etwa mehr geworden, aber die Familienverantw. demnach sehr bedrückt. Wie soll sie den Wünschen ihrer Feindin erwidern? Sie weiß es selbst nicht und beginnt auf einem weißen Zettel eine lange Rechnung mit dem Erfolge, daß das Geld immer nicht reicht, daß aber immer noch Kleintelenteile fehlen. Hier legt die bewandernere Beihälter der Hausfrau ein, die schließlich durch eine Kasse findet, die feiertagsmäßig und im Preise gleichbleibend ist. Was soll an diesem Ostersonabend nicht noch alles geschafft werden! Die Wohnung soll b-s ins kleinste Winkelchen am Abend blendend sauber sein, schließlich möchte man auch zur eigenen Pflege kommen, indem man zum Friseur oder in die Badenanstalt geht. Kurzum, es ist den ganzen Tag eine eifrige, eine Aufregung, die so groß ist, daß die Männer am liebsten aus dem Hause rennen möchten, die mit der ganzen Sache nichts zu tun haben wollen, sondern lediglich Fußsteine der Vorbereitungen sein möchten. Eine undankbare Gesellschaft, daß diese Männer! Endlich, wenn die Abendstunden des Ostersonabends beginnen, fahrt die Waise zurück. Dann ist Ostersonabend im rusten Familienkreis, ein Vorgeschmack einer schöner Feiertage!

Ostern!

Es geht ein Kauen und ein Wehen
Durch Dämmertal und Osternacht.
Des Bergwals große Rufen heult
Ihr Haupt, um langen Schlaf erwacht.

Und alle, frohe Boffheit tragen
Nachwind und Wolken über Land,
Die Boffheit von den Sonnentagen
Aus einen neuen Lenzes Hand.

Es lüftet Schleier sich um Schleier
Vom Anfluh der verjüngten Welt,
Des Windes Atem flutet feier
Belobend übers weite Welt.

Im heiligen Fröstel dampft die Scholle,
Jed flinget der ersten Erden Schlag,
Dem Ofn entkriecht der grabenolle,
Geheimnisreiche Ostertag!

Adelheid Stier.

Das schöne Festmetter wird voraussichtlich einen regen Fremdenverkehr in unser schönes Städtchen bringen, wenn auch der Frühling durch die Kälte der letzten Wochen noch zurückgehalten wurde. Doch nun steht er vor der Tür, die Sonne erzwängt ihm die offizielle Anerkennung, und beiläufig will ja jeder beim Einzug eines Jagen, „Prominenten“ zugegen sein. Wer aber diesen Einzug beobachten will, der darf nicht in der Erde hinhocken, er muß während des Tages in die freie Natur sich bemühen, muß suchen nach den ersten Blumentrieben der aufkeimenden Natur. Ein solcher Gang wird gewiß jedem ein Osterleben bringen und seine Stimmung vorkeitern auf einen schönen Abendgenuss, sei es bei einer musikalischen oder theatralischen Veranstaltung oder auch an der gemächlichen Trinksunde im Stammtisch. Für beste Bewirtung ist ja selbst in der kleinsten Wirtschaftsvorgelagt.

Unser Stadtkocher bietet der Einwohnerschaft a ersten Festtagabend im Schützenhause Osterreden durch großes Extrakonert. Im Anschluß an das Konert ist Brass vorgelesen. Es wird hier jeder Mühschweid eine wo haft schöne Stunde reinster Osterglücks finden.

Ein Osterausflug nach dem schönen Eibenburg wird sich als recht lobend erweisen, denn außer dem Serz und Gemüt färdenden Spaziergang bietet eine Einkehr im Wirtschaftlichen Gasthof angenehme Unterhaltung. Am Abend des ersten Festtags ist Theater, humoristische Vorträge werden die Festtagsstimmung anheben und schließlich ist vor dem Nachhausegehen auch noch Tanzgelegenheit. Am zweiten Festtag ist bereits von Nachmittags an Ballmusik auf dem Programm.

Billige Ostereieren auf der Reichsbahn. Bei den von der Reichsbahn für Dieren auszubehenden Festtagsrückfahrarten ist folgendes zu beachten: Die Festtagsrückfahrarten gelten vom 23. März früh bis am 4. April 24 Uhr. Die Einfahrt kann erfolgen in den Zügen vom 23. bis 28. März einrücklich und muß bis 28. März 24 Uhr beendet sein. Die Rückfahrt kann erfolgen vom 24. März 12 Uhr mittags und muß bis 4. April 24 Uhr beendet sein. Die Festtagsrückfahrarten haben eine Ermäßigung von 33 1/2 v. H. gegenüber dem normalen Fahrpreis. Sie werden diesmal von allen und nach allen Bahnhöfen der Reichsbahn ausgegeben. Man kann somit von Neuba selbst nach den Nachbarorten Eibenburg reisen. Nachfragen verläßt nach dem Nachfahrarten am Schalter angefordert wird.

Neue Neuaufnahmen in die Pädagogischen Akademien. Wie der Amtliche Preussische Pre-Identifikationsmittell, finden mit Rücksicht auf die große Zahl fremdortlicher Schulanfänger Neuaufnahmen preussischer und außerpreussischer Be-

weber in die Pädagogischen Akademien im Jahre 1932 nicht statt.

Der Besitz des Reichskriegerebundes „Auffhäuser“. Ein vom Reichskriegerebundes Sangerbauern erhaltener Bericht über die wirtschaftliche Lage des Reichskriegerebundes „Auffhäuser“ auf dem Auffhäuser ergibt folgendes Bild: Alle Gebäude, die Wirtschaftsgebäude, das Wasserwerk, der Wald usw. sind schadenfrei. Sie sind Eigentum des Reichskriegerebundes „Auffhäuser“, der für ihre Unterhaltung aufkommt. So sind im letzten Jahre an Reparaturen um allein 27.300 Mark ausgegeben worden. Die Wirtschaftsgebäude haben einen Wert von 290.000 RM. An Eintrittsgeldern zum Befestigen des Denkmals wurden 1931 25.000 Mark eingenommen. Der Reichskriegerebund hat vor langer Zeit von der früheren schwarzburgischen Regierung ein großes Waldareal von etwa 100 Morgen zu seinen bisherigen Besitzungen hinzugekauft, die sich jetzt über den ganzen Gipfel des Auffhäusergebirges erstrecken.

Frauen, habt acht! Die Polizei warnt vor Hausieren und Bettlern, die in ganz unerhörtester Weise auftreten. Sie bieten den Frauen ihre Hausierwaren an oder luden um Almosen nach, und wenn sie abgewiesen werden, sagen sie: „Sie werden schon in einer Weile vorgetrieben und kommen auch noch dran!“ Das Benehmen dieser Hausierer ist nicht nur strafbar, sondern hat auch die Einziehung der Ausweisepapiere zur Folge. Ueberall, wo derartige Verbrechen auftreten, wird gebeten, die Polizei zu verständigen und die Betreffenden möglichst im Auge zu behalten, damit die Festnahme erfolgen kann.

Rohleien. Ein Hofknecht wurde bei der Aushebung von Baumstämmen für Schiffsbaumplanung im Schloßmeister Rodolph Grundhild, Ziegelroder Straße, freigelegt. Unter einer großen schweren Steinplatte fand man in feiner Erde, vielen Letzen, die morsigen Gebeine von drei Menschen. Die Zahngebilde nach mögen es Mann, Frau und Kind gewesen sein, die vor Jahrzehnten hier ihre heimliche Bestattung gefunden haben.

Posta. (Wanderburschenlos) Zu der Postkammer bei Rothenburg wurde am Sonntag früh ein Sandwertschurke tief aufgedeckt. Er hat die Nacht dabeiloft verbracht und ist infolge vorgerückten Alters an Altersschwäche gestorben.

Schönwerda. Auf Anregung des Milchkontrollvereins Artzen fand hier in der Woche vom 14. bis 19. März ein Wandervernissage statt, für den die Landwirtschafsstammere Halle den Wandervernissage Herrn Schulz gewonnen hatte. Herr Gutsbeher Herr Schulz eröffnete am Montagabend den Lehrkursus. Nach einem Willkommensgruß an Herrn Schulz und die Teilnehmer am Kursum wurde die Feiertageinleitung vorgenommen und dann begann Herr Schulz mit seiner Vortragsreihe. Zur besseren Verständlichkeit der recht interessanten Ausführungen waren Plakate zur Stelle. Am den folgenden Tagen fand morgens von 5-7 Uhr das praktische Melken statt, für das die Gutsbeher Herren Richard und Artur Roth, sowie Karl Jahn ihre Ställe zur Verfügung gestellt hatten; die Zeit von nachmittags 3-5 Uhr war wieder für Vorträge bestimmt, daran schloß sich wiederum ein Melkunterricht, der bis 7 Uhr ausgedehnt wurde, und von 8-11 Uhr abends fanden nochmals Vorträge mit Ausprache statt. Es wurde in etwa 15 Vorträgen das Gebiet der Milchhygiene und Pflege des Viehbestandes unter besonderer Berücksichtigung des richtigen und verhehlten Melkens eingehend erörtert und Herr Schulz versah es vorzüglich, seine Zuhörer zu fesseln. Er gab in seinen Vorträgen ein anschauliches Bild über die Entstehung des Tieres, die Arbeit des Verdauungsapparates, über die Wirtsbildung, den Zerlegung der Milch, die Einwirkung von Bakterien auf dieselbe, über Geburtsfälle, das Verhalten von Krankeiten, ihre Heilung derselben. Ueber zweifelhafte Stellungen, das richtige Futter und vieles andere mehr unterrichtete Herr Schulz die Zuhörer, jedoch es eine Freude war, ihm zuzuhören. Der letzte Vortragsabend galt der Schweinezucht und -mast. Auch hierbei vervollständigte eine Anzahl Mitglieder die mündlichen Ausführungen. In diesem Abend hatte sich außer den Kursteilnehmern und Gästen auch der Vorsitzende des Milchkontrollvereins, Herr Dr. Kaufmann-Ärztin eingefunden. Er dankte am Schluß des Abends Herrn Schulz für seine Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft und nach einer feierlich abschließenden kurzen Ausfuhrer verabschiedeten sich Teilnehmer und Gäste. Der Sonntagabendmorgent brachte noch Vorträge über Berechnungstheorie, Rollen und Schläge. Auch hierbei schloß sich noch eine belehrende Diskussion. Vor der Verabschiedung des Herrn Schulz sprach Herr Jahn in dem Namen der Kursteilnehmer herzlichsten Dank für die belehrende Tätigkeit aus und hob besonders die außerordentliche Wichtigkeit des besuchten Gebietes für die Landwirtschaft hervor. In seinem Rückblick auf die durchlebte Woche betonte er, es dürfte festgelegt werden, daß alle Teilnehmer an dem Kursum, obwohl die meisten ohne besondere theoretische Sachausbildung waren, mit größtem Interesse den mündlichen wie praktischen Vorträgen des Herrn Schulz gefolgt sind, was sich auch in dem ausnahmslos pünktlichen Kommen ausgedrückt habe. Will dem Wünsche, daß dieser Kursum für alle Beteiligten reiche Früchte tragen möge, schloß der Redner. Schließlich wurde zur Erinnerung an die gemeinsam verlebte Schlußwoche noch eine wohlgeplante photographische Aufnahme gemacht und dann trennten sich Lehrer und Schülere, letztere in dem Glauben, daß ihre aufgewendeten Mühen für ihre Wirtschaft sich reichlich auswirken werden.

Ärtern. Das Stichtischsberbreiten an einem städtischen Wädhagen am 17. November v. J. kam am Dienstag vor dem Schöffengericht in Sangerhausen zur Beurteilung. Als Täter dieser schändlichen Tat wurde der 44jährige Kaufmann Edgar Lind, früherer Inhaber des Kaufhauses War Aufbaum, ermittelt. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monat und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Helldungen. Am Dienstag morgen verließ die Oberbedrungen, wo er bei seiner Tochter während der letzten Zeit lebte, unter letzter Veteran von 1870-71, Herr August Kuberm. Er wurde am 2. April 1847 geboren und hat ein Alter von 84 Jahren erreicht. Er hat einst bessere Zeiten gekannt. Die Blüte des Reiches und die Einigkeit im Vaterlande hat er miterleben dürfen. Er kämpfte beim 72. Infanterie-Regiment. Der hiesige Kriegerehren, den er seit dem Jahre 1871, zuletzt als Ehrenmitglied, angehört, gab ihm am Karfreitag das Geleit zur letzten Ruhestätte.

Wünsche an den Osterhasen.

Der nachfolgende Beitrag stellt eine Umfrage dar, was sich das Publikum von diesjährigen Osterfest erhofft. Tausende von Wünschen sind laut geworden, aber nur eine begrenzte Anzahl von ihnen kann hier Raum finden.

Die Schriftleitung.

Kinder glauben an den Osterhasen als guten Gabenbringer mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie an das Vorderhandlein Knecht Rupprecht zur Weihnachtszeit. Was bei dem letzteren der große Gefolgsstand ist, das ist beim Osterhasen ein riesiges Heer, das einem Füllhorn gleich, seine Gaben an Groß und Klein ausschüttet. Die Erwachsenen glauben zwar nicht an die Wunderkräfte eines Osterhasen, wohl aber verbinden sie für sie mit dem Osterfest lauter verschiedene Wünsche, und ein Füllhorn, ein Knecht Rupprecht reichlichen Volumens müßte schon vorhanden sein, das all die Gaben ausschüttet, die zum Osterfest erhofft und erträumt wurden. Die Wünsche sind nicht allein materieller Natur, sondern es sind auch Wünsche für Seele und Gemüt dabei, solche, deren Erfüllung man mit dem Wort „glückliches Schicksal“ bezeichnet.

Sollte der Osterhase aber der folgende Bote des irdlichen Glückes sein, dann möge er seine Dhymn spielen und sich all die Osterwünsche gut mitanbilden.

Der Kaufmann hat im Osterfest seiner Familie nur einen Osterwunsch: Er möchte alle Zweifel über seine Existenz beseitigt wissen. Er möchte sich seinem beruflichen Wirkungsbereich weiterhin ergeben und seine Gehaltsfaktura mehr durchschauen. Er will nicht schwelgen und nicht

üppig leben, nur soviel, daß es bescheiden aber sicher weitergeht.

Der Wissenschaftler: Meine Arbeit im Dienste der Allgemeinheit, möge meinen Mitmenschen nur ein kleines Licht auf ihrem dunklen Lebenspfad sein, ein Quäntchen nur dazu beitragen Licht, Zweifel und Qualen von ihren müden Schultern abzuwälzen. Das ist mein erster Osterwunsch.

Der Handwerker wünscht sich Konjunktur, emsige Arbeit und kostlose Beschäftigung, damit sich endlich einmal das alte Sprichwort bewahrheitet, daß das Handwerk doch noch goldenen Boden hat.

Der Arbeitslose: Als wenn sich untereins überhaupt etwas wünschen könnte. Alles, auch das kleinste, muß er sich verlangen, doch wenn ich's mit dem Wünschen noch einmal versuchen soll, dann gehe ich gleich aufs Ganze; Ich will — arbeiten will ich. Nicht mehr Almosenempfänger sein von Pfennigen, die sowieso nicht reichen. Ich will endlich einmal wieder meiner Familie zeigen, daß ich arbeiten und schaffen kann, daß ich imstande bin sie so zu ernähren, wie ich das früher einmal konnte!

Aus diesen vier Typenpaaren spricht der ehrliche Wille der beruflichen Stellung, der Wunsch nach Arbeit und Tat und damit schließlich auch der Wunsch festlich einmal ins Gleichgewicht zu kommen und die gesellschaftliche und soziale Stellung einzunehmen, die ihnen zukommt.

Und nun wenden wir uns den Osterwünschen zu, die im Verhältnis dazu so unheimlich, so nebenfächlich und so niedrig sind:

Die Sentimentalisten wirft ihre Dauerladen zurück und wiederholt fete die Frage „mein Osterwunsch?“ — „Oh, den können Sie hören. Mein neues Kleid möchte

fertig werden, das Geld möge noch zu einem anständigen Frühjahrsputz reichen; dann soll schönes Wetter sein, recht frohender Sonnenschein, und mein Freud' müßte mir ein großes Orlerei aus Schokolade mitbringen!

Die Hausfrau: „Mein Osterwunsch?“ Ueber Ostern einmal nichts tun müssen. Keine Wäsche waschen, kein Wäsche trocknen, kein Käse im Saule. Ein netter Spaziergang mit meinem Manne und den beiden Kindern. So recht mit Ruhe und Behagen. Kein Strümpfputzen, kein Ausbessern, sondern wirklich ein paar Stunden für sich haben, oh, das wäre wunderbar!!

Der Sportler: „Ostern treten mir gegen Tasmania an, da müßt ich meine sportliche Aufregung erleben. Ich möchte Süttner sein und ein Jahr nach dem anderen schiefen. Untere Mannschaft muß 6:0 fliegen. Ach, wäre das ein Osterfest!“

Der neugeborene ABC-Schütze will noch obenrein belohnt werden, wenn er sich etwas recht Unfährliches wünscht: „Kunzi kriego ich auch schöne bunte Ostereier, wenn ich mir zu Ostern wünsche, daß ich in der Schule immer eine Eins schreiben will!“

Und schließlich als Gegenstück zum kleinen Kind soll auch noch das Ältere zu Wort kommen: „Man noch neuen lustigen Ruhe auf unsere alten Tage, neu' bißen Staffeln und nicht rumplagen brauden. Man keinen Bieger von weien Kellist und keinen Wöbu von der Wente nicht Wöber wollen wir allen Leute ja nicht, det is man altet, was wir uns zu Ostern wünschen!“

Und damit beschließen wir die Liste der einzigen, die ihre Wünsche an den Osterhasen laut werden lassen. Möge das Füllhorn sich reichlich über ihre Häupter ergießen und ihnen das bringen, was ihnen am Nächsten liegt!

Betr. Ständesamt.

Für bringende Angelegenheiten ist das Ständesamt am 2. Osterfesttag von 11—12 Uhr vormittags geöffnet.

Nebr., den 24. März 1932. Preuß. Ständesamt.

Betr. Reichspräsidentenwahl (2. Wahlgang) und Wahl zum Preussischen Landtag.

Die Stimmkarten für die

1. am Sonntag, den 10. April d. Js. stattfindende Reichspräsidentenwahl (2. Wahlgang) und
2. am Sonntag, den 24. April d. Js. stattfindende Wahl zum Preussischen Landtag

liegen in der Zeit von Mittwoch, den 30. März d. Js. bis Sonntag, den 3. April d. Js. im Rathaus, Zimmer Nr. 3, öffentlich zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden — am Sonntag, den 3. April, von 11 bis 12 Uhr vormittags aus.

Nach Ablauf der Auslegungsdauer dürfen Veränderungen in den Karten nur nach auf rechtseitig erhobene Einsprüche hin vorgenommen werden.

Wahlberechtigt zur Reichspräsidentenwahl ist jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern er am Wahltag (10.4.1932) das 20. Lebensjahr vollendet hat, und zur Preussischen Landtagswahl jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern er am Wahltag (24.4.1932) das 20. Lebensjahr vollendet hat und Reichsangehöriger ist.

Nebr., den 22. März 1932

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Ablieferung der Feuerwehrarmbinder.

Die für die Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 bestellt gewesenen Pflichtfeuerwehrmannschaften werden aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Armbinder umgehend, bis spätestens 4. April d. Js. in dem Rathaus, Zimmer Nr. 3 abzugeben.

Nebr., den 22. März 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Walter** sagen wir allen, zugleich auch im Namen des Konfirmanten, unsern herzlichsten Dank.

Nebr., Palmarm 1932.

Richard Theile und Frau

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Dora** sagen wir allen Freunden und Eltern, zugleich im Namen der Konfirmantin, unsern herzlichsten Dank.

Nebr., Palmarm 1932

Karl Krämer und Frau

Treffpunkt für die Osterfeiertage bleibt das

Schützenhaus

Sonntag abend

Großes Extra-Oster-Konzert

der gesamten Stadtkapelle

mit ausverwähltem Festprogramm. — Anschließend

Tanzkränzchen.

Um regen Zuspruch bitten

Stadtmusikdirektor Stein. R. Janda.

Der richtige Weg zur Erlangung

schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Beseitigung des höchst gefährlichen Zahnhilfses. In folgender: Drücken Sie einen Streifen Chlorodont-Zahnpaste auf die trockenen Zahnoberflächen mit dem gebogenen Stäbchen (Zähnebürste), drücken Sie die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Zahnpaste unter sorgfältiger Massage. Der Erfolg und Sie überreden! Der misshandelte Zahnhilfses ist verschwand und ein herrliches Gefühl der Freude ist zurück. Bitte Sie für vor minderwertigen, billigen Nachahmungen und verlangen Sie unbedingt Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vertriebsstelle.

„Schweizerhaus“ Vitzenburg
Am 1. Osterfesttag abends 8 Uhr
Theater, humoristische Vorträge
anschließend **BALL**
Am 2. Feiertag von nachmittags 3 Uhr ab
Ballmusik
Freundlichst ladet ein **Wirthmann.**

Stadt-Sitzspiele „Preuß. Hof“
Ostersonntag, den 27. März, abends 8¹/₂ Uhr
das große Programm:
„Das Todesseil der Blandin-Truppe“ Ferner:
Wild, West und Lustspiel.
Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

KLEIN-CONTINENTAL
für jeden Bedarf



Generalvertretung:
Friedrich Müller, Halle (Saale)
Fernspr. 25 616 u. 22 102 • Leipziger Straße 29

Drucksachen aller Art
fertigt in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut
Buchdruckerei Wiltz, Gauer, Hofleben.

Roman um Bismarck von Rudolph Stratz
„Oberkamp und sein Ehrenwort“
in der neuen
WOCHEN
Ramen und Kante in der Wochenscheibe um ein Dokument, des Bismarck geschichtlich werden sollte
Die bildreiche, gehaltvolle „Woch“ für 40 Pfennig

Zur Burg Gemächte zu den Feiertagen:
Frischen Aufstich von **Oettler's Bieren**
Grenzquell Pilsener — Mühdner Pfahor-Bräu
Preise herabgesetzt!
flotter Dielenbetrieb
Es ladet herzlich ein **Oswald Möder**

Miele
Melkmaschine
Zentrifuge
Butterfertiger



Einfach Betriebsicher Dauerhaft Preiswert:
Die Merkmale aller Miele-Erzeugnisse:
Mielewerke A.G.
Güterloh / Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Spare mündelsteher Stadt-Sparkasse Nebr. 3/4
bel der

KAFFEE HAG
10% billiger!
Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73
Stets frisch bei:
August Oelschig

Am Mittwoch abend 9 Uhr entschlief sanft, für uns unerwartet meine liebe Frau und unsere treuergende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Aline Werner
geb. Grube
im 45. Lebensjahre.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Paul Werner und Kinder.
Liederstedt, den 24. März 1932.
Die Beerdigung erfolgt Ostersonntag, nachm. 3 Uhr.

Zur gefl. Beachtung. Des Osterfestes wegen wird die einzige am Dienstag nachmittags verteilt. Bezugs für diese Nummer müssen bis Mittwoch abend (2. Feiertag) in unserer Geschäftsstelle bei Frau Kaufmann Reich eingeliefert sein.
Der Verlag.



Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeierwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.-RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wih. Bauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 8/33.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22 932

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0.9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf.
Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artens.

Nr 37

Sonnabend, den 26. März 1932.

45. Jahrgang

Ostern in der Politik.

Professor Martin Dibelius, Heibelberg.
Die christlichen Feste stellen im Ablauf des politischen Geschehens kaum nach Worten und schon gar nicht mehr wirkliche Akzente dar. Es hilft nichts, darüber zu klagen; es hilft nichts, wenn wir an der Tatsache vorbeigehen. Es bleibt nur eines: die Lage zu begreifen und der Tatsache Rechnung zu tragen, daß wir Ostern feiern als Menschen, die zwischen zwei großen Weltanschauungen mit politischen Sorgen überdrüssig beladen sind. Das bedeutet nicht, daß wir unsere Politik mit ein paar „christlichen“ Redewendungen überbrücken wollen, sondern daß wir östliche Gedanken hineinbringen in unsere mit Politik beladene Lage.
Die christliche Gemeinde ist auf den Osterglauben gegründet worden, auf den Glauben der Auferstehung, auf den Glauben, daß der am Kreuz Gerichtete aller Sünden zum Trotz der Sieger sei und alles, was die Welt als heilige Kraft kennt, die Kraft der Bruderliebe wie die Kraft der Beherrschung im Leben, Werdigung in der Welt wie Heberwindung der Welt, ist ursprünglich aus diesem Glauben erwachsen. Dieser Glaube selbst aber ist wieder eine Meinung nach Betrachterhaltung, sondern ein bestimmtes Verständnis eines bestimmten Geschehens, des Schicksals Jesu, ein Versehen dieses Schicksals als Gottes Fügung, eine Deutung dieses Schicksals als einer dem Menschen gestellten Aufgabe. Was die Christen zumal zusammenhielt, was die christliche Bruderliebe zögerte, war irgendeine menschliche Somparchie oder irgendeine natürliche Verbindung des Stammes oder Blutes, sondern es war dies: daß eine Anzahl Menschen das Stützelicht, das ihnen gemeinsam widerfahren war, im selben Glauben bejahen und ihre Daseinspflichten danach verstanden.
Es sollte nicht länger sein, die Gedanken von diesem östlichen Schicksalsverständnis hinzunehmen zum Schicksal eines Volkes. Denn ein christliches Volk, der Nation und ihrer Aufgaben ist nicht in erster Linie zu gewinnen vom Blutverwandtschaft, sondern von der verpflichtenden Verbindung, die unter gemeinsamen Schicksal zwischen uns geschlossen hat. Wenn in diesem Schicksal Gott zu uns gesprochen hat — und das ist doch die Aufgabe des Glaubens —, dann hat er gewaltig und nicht zu überhörender Stimme gesprochen. Nicht niemals, sowohl unter Blick in die Vergangenheit reichlich, was das Leben bis in die Verzweigungen des privaten Daseins hinein lo vom gemeinsamen Schicksal bedingt. Wir brauchen gemeinsam die Wutopfer des Krieges, wir sehen gemeinsam in dem Weltrechtsverständnis, in das uns die Wölfe gebannt hatte; gemeinsam erleben wir die Enttäuschung von 1918, gemeinsam das Mut und die Jahre sein Verfallens. Gewiß wurde bei all diesem von Menschen gehandelt, Flug und Irrsinn, Trauhaft und schwächlich, aber wer, der überhaupt an ein Schicksal glaubt, wollte sich davor, den Ablauf dieser Dinge aus einem Zusammenstoß menschlicher Kräfte abzuleiten? Wer mit dem Osterglauben an dieses Geschehen herantritt, hört aus ihm den Anspruch Gottes heraus und die Forderung, zu fragen, zu wirken und zu gestalten.
Wir haben uns freilich immer mehr daran gewöhnt, diesen Anspruch durch geräuschvolle Anklagen zu überdecken und diejenigen, die das Buch der jüngsten Geschichte nicht wie ein Schulheft mit roter Tinte behandeln, stellen sich doch, oft zu dem Ablauf der Ereignisse wie der Staatsanwalt zu einer Verbrechensaufnahme. Die ganz kurzfristigen Denker stellen nur bis 1918 zurück und verlangen Schwemdmann; andere denken an 1914 und beschuldigen Schwemdmann, im selben Ton geht es gegen Bülow und gegen den Kaiser.
Solche Anklagen mögen vor dem Forum der Geschichtsreife oder durch Opferamt werden; als Deutungen unseres Schicksals gehen sie völlig in die Irre. Sie unterlassen die Einbindung, daß nur ein paar böse oder schamde Menschen die Urheber der Weltgeschichte wären. Menschliche Unzulänglichkeit ist gewiß ein Faktor des Geschehens, aber nicht der gesamte. Es ist eine Anklage ohne Liebe, die der Dummheit und der Bosheit die führende Stelle anweist. Und es ist eine Anklage ohne Liebe, die menschliche Bedingtheit mit Schlichtigkeit verwehrt. Auch solche Bedingtheit ist schicksalhaft, mit Erbgut und Erfahrung gegeben. Wer die Ehrfurcht vor unserem Schicksal nicht verlernt hat, wird es ablehnen, die eigene Stellung zum Hof gegen Volk und Schicksalsgenossen bestimmen zu lassen.
Es gehört zur Organisation eines politisch mündigen Volkes, daß die Gegner einander bekämpfen, aber ein Volk, das die Schicksalsgenossenschaft leugnet, die auch politische Gegner miteinander verbindet, das weigert sich dem Anspruch, den ein solches Schicksal an uns macht, dem Anspruch, der für den Gläubigen der Anspruch Gottes ist.
Lest fahren hin das Unausführliche! Wer seine eigene Aufgabe innerhalb der Nation begreifen will, der besinne sich zu Ostern auf den christlichen Glauben, der dem paraxonalen Schicksal einen Sinn und eine Lösung abgemangelt, weil er es von Gott bestimmt mußte. Die Deutung dessen, was auf uns liegt, gewinnen wir nicht, indem wir Klagen an Anklagen befähichtigen. Aber ein Volk, das die Schicksalsgenossenschaft nicht verleugnet, weil es den Anspruch Gottes in diesem Schicksal vernimmt, wird sein Geschick nicht nur deuten, sondern vernichten.

NSDAP gegen Preußen.

Die Klage vor dem Staatsgerichtshof.
Leipzig, 25. März.
In Leipzig hat die öffentliche Verhandlung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich in der Streitigkeit NSDAP gegen Preußen am 25. März begonnen. Der Antragsteller ist: der Führer der NSDAP in seiner Eigenschaft als Reichspräsidentenwahlkandidat, Adolf Hitler, in München; zweitens die NSDAP selbst, drittens die nationalsozialistische Fraktion des Reichstags, viertens der preussische Bundtagsabgeordnete Kube als Wahlleiter der NSDAP für die Preussensitze, als Führer der preussischen Landesgruppe der NSDAP und als NSDAP-Gauleiter im Gau Ostmark-Frankfurt (Oder). Die Antragsteller werden vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Franz II. München, der Abgeordnete Kube außerdem auch durch den Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler, Kassel.
Antragsgegner sind der Freistaat Preußen und der preussische Innenminister Dr.-Ing. e. h. Karl Seering. Als Vertreter Preußens sind erigierten Ministerialdirektor Dr. Badt, Ministerialrat Schürer, Ministerialrat Janich und Regierungsdirektor Dr. Dörfeler.
Der Vorsitzende erklärte, daß die Verhandlung unbedingte zum Abschluß gebracht werden müsse, da der nächste Tag Karfreitag sei.
Die Öffentlichkeit würde es nicht verletzen, wenn an diesem Tage der Staatsgerichtshof zusammenzutreten müßte.
Die Antragsgegner, also die preussische Regierung, geben der NSDAP und den ihr angehörenden Formationen, SA, SS, SA, NSKK, zu fänden der Gliederungen derselben, bei denen jemals Material aus Anlaß der Durchsuchungsmaßnahmen vom 17. März 1932 beschlagnahmt oder sichergestellt oder irgendwie in polizeiliche Verwahrung genommen wurde, für die Zeit bis zur Beendigung des Wahlsystems um die preussischen Bundesämter, als bis zum 1. April 1932 abends 6 Uhr, folgendes Aktenmaterial heraus: (es folgt eine genaue Aufzählung der beschlagnahmten Akten).
An der Hauptsache handelt es sich bei dem Antrag darum: Die NSDAP fordert erstens, daß die Anordnung des preussischen Innenministers vom 17. März als verfassungswidrig und zwar gegen Artikel 24 und 25 der Reichsverfassung verstoßend erklärt wird, zweitens, daß alle Maßnahmen der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten sowie der Kommunalbeamten in Preußen, soweit diese Maßnahmen auf Grund der Zugehörigkeit zur NSDAP erfolgt sind, nach Artikel 130 II der Reichsverfassung unzulässig seien. Drittens soll erklärt werden, daß Anordnungen und Verfügungen dieser Art unter Zugrundelegung des Urteils des Staatsgerichtshofs mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden müssen. Alle Dienstleistungen und alle eröffneten Dienstverträge seien rückgängig zu machen.
Im Verlauf der erregten Verhandlung verlas Ministerialdirektor Badt ein Schreiben des Reichswehrministers Dr. Groener vom 8. März 32. In die preussische Regierung, in dem erklärt wird, daß Preußen bereit ist, die in dem Schreiben bei der NSDAP, um Guts, besonders bei der SA, vertraut sei, Wahrnehmungen gemacht hat, die zu Befolgung Anlaß geben.
Der Gewährsmann habe über Maßnahmen der SA, berichtet, die über das bisherige Maß wesentlich hinausgegangen seien. In allen Teilen des Reiches, besonders aber in Schlesien, habe die SA die Waffenlager der Reichswehr feststellen lassen, um diese durch Handreichung zu nehmen. Die Reichswehr habe wohl Gegenmaßnahmen getroffen, u. a. habe sie Bewehrung und Gemeindeführer gefordert gelagert, aber die SA habe diese Schwierigkeiten bereits überwunden. Hebrald dort, wo die bisherigen SA-Führer nicht ehemalige Offiziere gewesen seien, seien sie durch solche ersetzt worden. Man habe davon gesprochen, daß Brief, Strafen und Geheiß in der Reichspräsidentenwahl die letzte Chance zur legalen Hebernahme der Macht gesehen hätten. Wenn die Kandidatur Hitlers sich als aussichtslos erweisen sollte, so würde schon am Tage nach der Wahl die SA losjagen, um der NSDAP, die Macht zu sichern.
Dr. Badt erklärte dann, der preussische Innenminister habe von dieser Sachlage Kenntnis genommen und erst nach sorgfältiger Prüfung der ihm durch den Reichswehrminister gewordenen Mitteilungen sich zur Durchföhrung der Maßnahmen entschlossen in dem Augenblick, in dem nach dem Ausgang der Präsidentenwahl die Gefahr bestand, daß enttäuschte Unterführer der SA, zu illegalem Vorgehen schreiten könnten.
Nach der Erklärung Dr. Badts, daß Minister Seering das Schreiben des Reichswehrministers bisher nicht beantwortet habe, um die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen, wurde die Verhandlung unterbrochen.
Vergleichsvorschlag des Präsidenten.
Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 16.25 Uhr gab der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, folgende Erklärung ab: „Rechtsanwalt Franz II hat eine Feuerung getan, die dahin bedeutet werden konnte, als wolle er dem preussischen Innenminister den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Nach Erörterungen

über diesen Punkt hat sich ergeben, daß Herr Franz diese Beschuldigung ferngelegt hat. Die Sache ist damit erledigt.
Im übrigen habe ich mich auf Grund der Erklärungen, die im Laufe der Verhandlungen gemacht sind, entschlossen, zu verurteilen, den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen. Neben dem Inhalt dieses Vergleichsvorschlages und die Aussicht des Zustandekommens vermag ich im Augenblick nichts zu sagen. Ich kann aber feststellen, daß ich mit den beiden Streittheilen darin einig bin, daß es sich mit Rücksicht auf die schonenden Verhandlungen nicht empfiehlt, in dem jetzigen Streitverfahren über den Erlass einer einstweiligen Verfügung fortzuführen. Ich habe daher jetzt die Sitzung zu schließen.“
Die Verhandlung war damit beendet.

Stegerwald erklärt:

Die Frage der Tarifverträge nach dem 30. April 1932.
Berlin, 24. März.
Anlaß wird mitgeteilt:
Zu der Politik in einer großen Berliner Tageszeitung, monach in Aussicht genommen sein soll, die Laubauer der Lohnverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungserlaubnis der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden.
Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.
Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die Deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berechtigter erscheint lediglich in einzelnen Berufsgruppen die Annullierung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeintliche Beunruhigung durch Tarifänderungen unterbleiben.
Im übrigen sind in der letzten Zeit vereinzelt Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen.
Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium



berichtig.
ohne Kündigung auf längere Zeit — nämlich für Tarifverträge abblau der Kündi-
politik.
ropa.
dien, 24. März
rates von Nieder-
u. a. über die
ang Er führte da-
reiter der Groß-
ta zu beraten und
erzielen. Das lei-
chischen Schritte.
beigeführt werden
auf, eine Klärung
anten im Donau-
n müsse als wick-
der Großstädte
ren, daß die öster-
liche, daß sie in
der Zeit der völlig
ungeklärten militärischen Lage in ganz Mitteleuropa fer-
nerlei politische Bindungen eingehen könne und werde. Ge-
rade jetzt liegen überpeitschende Anzeichen dafür vorhan-
den, daß es zu einer Klärung der unbehaltbaren Lage in Mit-
teleuropa komme. Die Lage sei zum Reigen gelangt, nicht
nur in Deutschland, sondern auch bei anderen Staaten im
mitteleuropäischen Raum.

Freimütige Worte.

Genf, 25. März.
Die Regierung der Freien Stadt Danzig, die seit einiger
Zeit der europäischen Öffentlichkeit gegenüber, hat sich nunmehr zu
Beratung der wirtschaftlichen Erneuerung in Europa ge-
äußert. In ihrer Denkschrift spricht sich die Danziger Regie-
rung eingehend über die Ursachen des Darniederliegens der
europäischen Wirtschaft aus. Die katastrophalen Wirkungen
des Weltkrieges, der Tributzahlungen und der verunmög-
lichten Grenzgebung der Friedensverträge werden frei-
mütig behandelt.